

# Presseinformation

Wiesbaden, 2. Dezember 2009  
Nr. 297

## Fachtagung der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt

**Justizstaatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit: „Dem Gesundheitswesen kommt eine Schlüsselposition bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt zu.“**

Frankfurt – „Häusliche Gewalt macht krank. Daher muss der Gesundheitssektor stärker in die Netzwerke gegen häusliche Gewalt einbezogen werden“, sagte Justizstaatssekretär **Dr. Rudolf Kriszeleit** anlässlich der Fachtagung der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt heute in Frankfurt.

Häusliche Gewalt gelte weltweit als eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder. Sie rangiere bei Frauen noch vor Verkehrsunfällen und Krebserkrankungen. Auf Studien basierenden Schätzungen gehen davon aus, dass etwa jede vierte Frau im Laufe ihres Lebens geschlechtsbezogene Gewalt mit Folgen für Ihre Gesundheit erlebt habe, so Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit weiter.

Betroffene wenden sich bei ihrer Suche nach Hilfe am häufigsten an eine Einrichtung im Gesundheitswesen, die von allen Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihrer sozialen Lage, ihrem Geschlecht und ihrem Alter genutzt werden kann. Damit komme den Tätigen in den Gesundheitsberufen eine Schlüsselposition im Hilfesystem für Opfer häuslicher Gewalt zu. Die Ursachen für die Verletzungen und Beschwerden würden oft nicht beim Namen genannt. Es komme hier auf die Sensibilität der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen an, einen Verdacht auszusprechen und den Betroffenen eine Brücke zu bauen, die dazu führe, dass sie die angebotene Hilfe von spezialisierten Unterstützungseinrichtungen auch tatsächlich annehmen.

Im Gesundheitssektor tätige Fachkräfte seien nicht nur gefordert, körperliche Verletzungen als Resultat von Gewalteinwirkung zu erkennen, sondern auch psychische und psychosomatische Beschwerden. Denn desto früher die Kausalität erkannt werde, umso größer seien die Chancen der Betroffenen auf körperliche und seelische Gesundheit. Daneben komme dem

Gesundheitswesen auch eine ganz entscheidende Bedeutung für die gerichtsverwertbare Dokumentation von Verletzungsfolgen zu.

„Durch eine erfolgreiche Einbindung in die Netzwerke gegen häusliche Gewalt können der Gewaltkreislauf durchbrochen und enorme Folgekosten im Gesundheitswesen eingespart werden“ betonte Dr. Rudolf Kriszeleit.

Mit dem Haushaltsgesetz 2009 habe der Hessische Landtag ein Landesförderprogramm „Gesundheitsversorgung von Gewaltopfern“ aufgelegt, um die Gewaltprävention im Gesundheitswesen zu stärken. Hieraus werde die in der Fachtagung vorgestellte Schutzambulanz Fulda als neues Kompetenzzentrum für Gewaltopfer als Pilotvorhaben des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit in Kooperation mit dem Landkreis Fulda von 2009 bis 2012 etabliert.

Hinweis:

Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt

Die Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt existiert seit Februar 2006. Sie baut auf den Vorgaben des Landesaktionsplans zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich auf und orientiert sich an den dort formulierten Zielen. Im Landesaktionsplan heißt es dazu in der Präambel:

„Das Land Hessen stärkt mit dem Landesaktionsplan aus staatlicher Verantwortung die Prävention häuslicher Gewalt, die Maßnahmen zum Schutz und zur Hilfe für die Opfer sowie zur Intervention gegen die Täter. Wo dieses schon geschehen ist, sorgt das Land Hessen dafür, dass diese Maßnahmen dauerhaft erhalten und erkennbare Lücken geschlossen werden. In regionalen Arbeitskreisen gegen häusliche Gewalt bestehen hessenweit erprobte und erfolgreiche Netzwerke von öffentlichen Einrichtungen und freien Trägern. Der Landesaktionsplan fördert diese regionalen Strukturen.“

Die Landeskoordinierungsstelle setzt einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Fortbildung aller mit dem Thema der häuslichen Gewalt befassten Professionen. Der Erfahrungsaustausch, die Vernetzung der Beteiligten und die Öffentlichkeitsarbeit stellen weitere Hauptaufgaben der Landeskoordinierungsstelle dar.

Seit September 2009 ist Staatsanwältin Katrin Thaler Leiterin der Landeskoordinierungsstelle.